

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 29

26. März

1915

Bekanntmachung.

Betr.: Die Regelung des Verbrauchs von Brotgetreide und Mehl; hier: die Selbstverföhrer.

Den Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe, denen Getreide oder Mehl oder beides zusammen zu ihrem eigenen Gebrauche überlassen worden ist, wird hiermit auferlegt, am Ende eines jeden Monats bei der Grohh. Bürgermeisterei anzugeben:

1. die Zahl der Familienangehörigen und des Gefindes. Unter letzterem sind diejenigen wegzulassen, für die Brotarten ausgestellt werden dürfen,
2. die Menge an Brotgetreide oder Mehl, die für die angegebenen Personen, geistlicher Vorschrift gemäß, monatlich verwendet werden darf,
3. die Menge der zu Beginn des nächsten Monats im Besitze des Selbstverföhrers befindlichen Vorräte an Brotgetreide und Mehl,
4. die im Verlaufe des verflossenen Monats verbrauchte Menge von Brotgetreide und Mehl,

5. die hiernach noch vorhandenen Vorräte an Brotgetreide und Mehl.

Treten im Laufe des Monats Änderungen in der Zahl der versorgungsberechtigten Personen ein, so ist der Bürgermeisterei sofort hiervon Mitteilung zu machen.

Wer den vorstehenden Anordnungen nicht nachkommt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Gießen, den 21. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Decker.

An die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Sie wollen vorstehende Bekanntmachung wiederholt ortsüblich veröffentlichen.

Die Angaben der Selbstverbraucher sind in eine Tabelle nach folgendem Muster aufzunehmen.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Name des Selbstverbraucher	Anzahl der Familienmitglieder	Anzahl des Gefindes	Menge des monatlich zulässigen Verbrauchs von Brotgetreide	Menge des monatlich zulässigen Verbrauchs von Mehl	Menge des zu Beginn des Monats im Besitze des Selbstverbraucher befindlichen Getreides	Menge des zu Beginn des Monats im Besitze des Selbstverbraucher befindlichen Mehls	Die im letzten Monat verbrauchte Menge an Brotgetreide	Die im letzten Monat verbrauchte Menge an Mehl	Noch vorhandene Vorräte an Brotgetreide	Noch vorhandene Vorräte an Mehl	Unterschrift des Anzeigers

Stellt sich nach den von den Selbstverbrauchern zu machenden Anzeigen heraus, daß der eine oder andere von ihnen insofern unwirtschaftlich verfährt, als er seinen Vorrat vorzeitig oder in unzulässiger Weise verbraucht, so haben Sie ihm seine Vorräte zwangsweise wegzunehmen, ordnungsmäßig aufzubewahren und sie nur in Wochenraten wieder an ihn zu verabreichen.

Eine scharfe Durchführung der getroffenen Anordnungen machen wir Ihnen schon um deswillen zur besonderen Pflicht, weil sie nicht nur im Interesse der Selbstverbraucher,

sondern auch dem der Allgemeinheit liegt. Erstere werden, wenn sie unwirtschaftlich oder entgegen den bestehenden Vorschriften mit ihren Vorräten umgegangen sind, später darben müssen, da ihnen unter keinen Umständen weitere Vorräte zum Nachteile der übrigen versorgungsberechtigten Bevölkerung überwiesen werden dürfen.

Gießen, den 21. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Decker.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnungen vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver usw., der Ausfuhr und Durchfuhr von Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfes zur Verwendung gelangen, der Ausfuhr von Kraftfahrzeugen und von Mineralölen, Steinkohlenteer und allen aus diesen hergestellten Ölen, der Ausfuhr und Durchfuhr von Eisenbahnmateriale aller Art, von Telegraphen- und Fernsprengerät usw., bringe ich nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

Es wird verboten die Ausfuhr und Durchfuhr von:

Steinkohlen, Anthrazit, Braunkohlen, Koks und künstlichen Brennstoffen, einschließlich der Preßkohlen, aus Steinkohlen und Braunkohlen;

Eisenblech der in der Bekanntmachung vom 1. Februar 1915 bezeichneten Art in einer Stärke von 0,5 mm oder darüber: Fahrräder und Teile davon, sowie alle Teile von Kraftfahrzeugen;

Holz und Holzwaren der Nummern 74 bis 87 und 615 bis 624 des Zolltarifs;

Kork und Korkwaren der Nummern 635 bis 637 des Zolltarifs; Schmirgelschleifsteine und gemahlener Schmirgel.

Berlin, den 15. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

XVIII. Armeekorps

Stellvertretendes Generalkommando

Abt. II b T.-Nr. 20461.

Frankfurt (Main), den 11. 3. 1915.

Betr.: Verkaufsbenachrichtigung.

Es wird hiermit c. geordnet, daß von allen Beurteilungen, die die Dauer von 14 Tagen übersteigen und zur Wiederaufnahme

des bürgerlichen Berufs erfolgt sind, die Gemeindebehörden zu benachrichtigen sind. Diese Maßnahme erscheint geboten, um zu verhindern, daß beurlaubte Mannschaften, die mit ihrer Beurlaubung regelweise auch lohnenden Verdienst haben, außerdem noch die Kriegsunterstützung des Lieferungsverbandes für ihre Angehörigen erhalten.

Von Seiten des stellvertretenden Generalkommandos.

Für den Chef des Stabes:

von Braunbehrens, Major.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die auf Grund obiger Verfügung ergehenden Benachrichtigungen wollen Sie mit entsprechender Bedeutung dem Gemeinde-Rechner behändigen.

Gießen, den 20. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Bereitung und den Verkauf von Backwaren und Mehl.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 21. März 1. J. (Gießener Anzeiger Nr. 71 vom 25. März 1915) wird auf Grund der §§ 36 und 38 der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl auf Antrag und mit Zustimmung des Ausschusses sowie mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde für die Landgemeinden des Kreises Gießen folgendes verordnet:

§ 1. Es dürfen nur Einheitsbrote gebacken und verkauft werden und zwar:

1. Roggenbrot mit einem Verkaufsgewicht von 2 und 4 Pfund. Zur Bereitung müssen auf 85 Teile Mehl mindestens 15 Teile Kartoffelflocken, Kartoffelwalzmehl oder Kartoffelstärke verwendet werden. Anstelle dieser Kartoffelpräparate können gequetschte oder geriebene Kartoffeln

im Verhältnis von 1 Teil Kartoffelstücken usw. gleich 3 Teilen Kartoffeln verwendet werden. Bis auf weiteres sind 80 Teile des Roggenmehls durch Weizenmehl zu ersetzen. Im übrigen muß das Brot den Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 5. Januar 1915 entsprechen.

Das Brot darf erst am 2. Tage nach seiner Herstellung verkauft werden.

2. Weizenbrot (Brötchen) mit einem Verkaufsgewicht von 50 Gramm und bis auf weiteres mit höchstens 90 Prozent Weizenmehl und 10 Prozent Roggenmehl. Im übrigen gelten die Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 5. Januar 1915.

Mit der Herstellung darf nicht vor 2 Uhr mittags begonnen werden. Der Verkauf ist erst am Tage nach der Herstellung zulässig.

§ 2. Das Verkaufsgewicht muß bei sämtlichen Broten 24 Stunden nach Fertigstellung vorhanden sein.

§ 3. Das Bereiten von Kuchen, mürbem Gebäck und sog. Krepeln unter Verwendung von Weizen-, Roggen-, Hafer- oder Gerstenmehl ist allgemein, also auch im privaten Haushalt, verboten.

Erlaubt ist die Herstellung von Zwieback, ferner die Herstellung von sonstigem Backwerk und von Konditorwaren dann, wenn die zur Herstellung verwendeten Stoffe höchstens zu 10 Teilen der Gewichtsmenge aus Mehl oder mehligartigen Stoffen bestehen, wenigstens 10 Teile Zucker zugesetzt werden und Hefe oder Sauerteig nicht verwendet wird.

§ 4. Die Abgabe von Brot und Mehl aus den Landgemeinden in den Bezirk der Stadt Gießen, aus einer Landgemeinde in eine andere, sowie nach Orten außerhalb des Kreises Gießen, ist verboten.

Ausgenommen von diesem Verbot ist die Abgabe von Mehl zum ausschließlichen Zweck der Brotbereitung in den Bezirk einer anderen Gemeinde dann, wenn das daraus erbackene Brot in die Gemeinde, aus der das Mehl stammt, zurückgeht.

§ 5. Ausnahmen von vorstehenden Bestimmungen können in besonderen Fällen von der unterzeichneten Behörde gestattet werden.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Außerdem können die Geschäfte geschlossen werden, deren Inhaber oder Betriebsleiter sich in Befolgung der ihnen nach dieser Verordnung obliegenden Pflichten unzuverlässig zeigen.

§ 7. Vorstehende Anordnungen treten sofort in Kraft. Damit sind die Bestimmungen unter Nr. 2—5 der Bekanntmachung, betreffend den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl vom 21. Februar i. J. (Kreisblatt Nr. 21 vom 26. Februar 1915), sowie diejenigen der Bekanntmachung im gleichen Betreff vom 18. März 1915 (Kreisblatt Nr. 27 vom 19. März 1915) außer Geltung getreten.

Gießen, den 25. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Die Bereitung und den Verkauf von Backwaren und Mehl. An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Die vorstehende Bekanntmachung ist durch Aushang, sowie in sonst geeigneter Weise zur öffentlichen Kenntnis und zu derjenigen der Interessenten zu bringen.

Gießen, den 25. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Regelung des Verkehrs mit Hafer; hier der Saathafer. Nach § 4 Abs. 3 b dürfen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe 75 Pfund Saathafer auf einen Morgen Ackerland ausfahren. Mit Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse der nachstehend aufgeführten Gemarkungen ist jedoch deren Einwohnern gestattet, einen Zentner Hafer pro Morgen für die Aussaat zu verwenden.

I. Allendorf a. d. Oda., Allertshausen, Alten-Buseck, Betershain, Bersrod, Burthardsfelden, Climbach, Geilshausen, Gabelnrod, Kesselbach, Mainlar, Quedborn, Rabbingshausen, Saasen mit Bollsbach, Beitzberg und Wirberg, Stangenrod, Stausenberg mit Friedelhausen, Stodhausen, Weidartshain, Winnerod, Weitersshain und Appenborn (bei Odenhausen).

II. Beuern, Großen-Buseck, Harbach, Gattenrod, Vindenstruth, Oppenrod, Reiskirchen.

Gießen, den 24. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Die Verteilung von Kleie und zuckerhaltigen Futtermitteln.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Durch Verfügung des Großh. Ministeriums des Innern vom 17. März 1915 wurde die Regelung des Bedarfs und die Verteilung der Kleie und der zuckerhaltigen Futtermittel im Großherzogtum Hessen der „Verteilungsstelle für Futtermittel in Darmstadt“ übertragen. Die Bestimmungen über die Errichtung und den Geschäftskreis dieser Verteilungsstelle wur-

den bereits in Nr. 28 dieses Blattes zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Als örtliche Ausführungsstellen, die den Bedarf der Pferde- und Viehbesitzer an Kleie und zuckerhaltigen Futtermitteln festzustellen und der Verteilungsstelle in Darmstadt mitzuteilen haben, hat diese im Kreise Gießen bestimmt:

Gemeinde Allendorf an der Lahn: Landwirtschaftlicher Konsumverein.

Gemeinde Bellersheim: Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft.

Gemeinde Birklar: Spar- und Darlehnskasse.

Gemeinde Dorf-Göll: Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft.

Gemeinde Ettingshausen: Spar- und Darlehnskasse.

Gemeinde Garbenteich: Spar- und Darlehnskasse.

Gemeinde Großen-Linden: Spar- und Darlehnskasse.

Gemeinde Grünungen: Spar- und Leihkasse.

Gemeinde Heuchelheim: Landwirtschaftlicher Konsumverein.

Gemeinde Holzheim: Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft.

Gemeinde Hungen: Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft m. b. H.

Gemeinde Inheiden: Spar- und Darlehnskasse.

Gemeinde Langd: Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft.

Gemeinde Langsdorf: Landwirtschaftlicher Konsumverein.

Gemeinde Lich: Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft m. b. H.

Gemeinde Mäusenheim: Landwirtschaftlicher Konsumverein.

Gemeinde Nonnenroth: Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft.

Gemeinde Ober-Hörgern: Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft m. b. H.

Gemeinde Quedborn: Spar- und Darlehnskasse.

Gemeinde Reiskirchen: Spar- und Darlehnskasse.

Gemeinde Steinbach: Spar- und Kreditverein.

Gemeinde Steinheim: Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft m. b. H.

Gemeinde Utphe: Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft.

Gemeinde Wilsingen: Landwirtschaftliche Kredit- und Bezugs- genossenschaft.

Gemeinde Wagenborn mit Steinberg: Spar- und Darlehnskasse Wagenborn-Steinberg.

Gemeinde Wiesel: Spar- und Darlehnskasse.

Die übrigen Gemeinden: Großh. Bürgermeisterei.

Diesen örtlichen Ausführungsstellen sind von der Verteilungsstelle die nötigen Unterlagen (Bestellschein, Preisliste usw.) zur Erhebung des Bedarfs an Kleie und zuckerhaltigen Futtermitteln zugegangen. Von den zuckerhaltigen Futtermitteln kommen vorläufig in Betracht:

1. Schnitzel (d. h. getrocknete Schnitzel, Melasse-Trockenschnitzel oder getrocknete Zuckerschnitzel in unserer Wahl).

2. Melassefutter und zwar Torfmelasse oder Hackmelasse in unserer Wahl (Mischung verschiedenartig, d. h. Prozentfah Melassefütter, gleichfalls in unserer Wahl).

3. Zuckerrutten, d. h. Rohzucker Erstprodukt oder Nachprodukt mit Strohhackel, Torfmehl, getrockneter Getreideschlempe, Palmkernschrot oder anderen zugelassenen Vergällungsmitteln, nach den Vorschriften des Finanzministeriums denaturiert, Vergällungsmittel sowie Mischungsverhältnis in unserer Wahl. Die Preise für Melassefutter und Zuckerrutten hat die Verteilungsstelle den örtlichen Ausführungsstellen in besonderen Schreiben bekanntgegeben. Für getrocknete Schnitzel und Melasse-Trockenschnitzel ist als Preisgrenze 12,90 Mk., für getrocknete Zuckerschnitzel 16 Mk. für je 100 kg einschließlich Sack festgesetzt. Nach Mitteilung der Bezugsvereinigungen der deutschen Landwirte streben die Zuckerraffinerien eine Erhöhung des Preises an.

Die Pferde- und Viehbesitzer werden hiermit aufgefordert, ihren Bedarf an zuckerhaltigen Futtermitteln und Kleie für den Zeitraum bis zum 1. Juni ds. J. bei der örtlichen Ausführungsstelle sofort, spätestens bis zum 1. April ds. J. anzumelden. Später einlaufende Anmeldungen können vor dem 15. August dieses Jahres keine Berücksichtigung finden. Ausdrücklich wird bemerkt, daß Kleie mit Rücksicht auf die Bestimmungen über die Ausmahlung des Brotgetreides nur in beschränkter Menge zur Verfügung steht.

Alles weitere ist aus dem Sonder schreiben zu entnehmen, das den oben genannten örtlichen Ausführungsstellen bereits zugegangen ist.

Gießen, den 25. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Maßnahmen gegen die Verbreitung der Pferdekrankheiten durch das Verschälen der Stuten.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 23. v. M. (Kreisblatt Nr. 21) fordern wir diejenigen Pferdebesitzer, die ihre Stuten zum Decken zu bringen beabsichtigen, zur Anmeldung durch die

Bürgermeisterei auf. Wir werden alsdann das Kreisveterinäramt beauftragen, die Bestände dieser Pferdebesitzer zu revidieren. Diejenigen Pferdebesitzer, deren Pferdebestände unverändert sind und seit längerer Zeit keinen Zuwachs erfahren haben, können dann mit Ermächtigung Sr. M. d. L. durch uns von der Vorbringung weiterer amtlicher Zeugnisse befreit werden. Auf die Vorbringung einer Bescheinigung der Ortspolizeibehörde, daß eine Aenderung in dem Pferdebestand nicht eingetreten sei (Ziffer 2 Abs. 3 der Ministerialverordnung vom 15. 2. d. L. (Kreisblatt Nr. 21)), kann jedoch nicht verzichtet werden. Diese Bescheinigung ist daher bei jedermaliger Vorführung der Stuten dem Gestrütsdiener einzuhandigen.

Gießen, den 22. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Demmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß auf Grund der im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche als versucht zu gelten haben:

1. Im Großherzogtum die Kreise Darmstadt, Bensheim, Dieburg, Groß-Gerau, Offenbach, Gießen, Alsfeld, Wüdingen, Friedberg, Mainz, Alzen, Bingen, Oppenheim, Worms.

2. Im Reichsgebiet alle Bezirke mit Ausnahme von Konstanz und Lübeck in Oldenburg.

Gießen, den 25. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Demmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Maß- und Gewichtspolizei und die Durchführung der Nachrechnung im Kreise Gießen.

Die im zweijährigen Wiederkehr gesetzlich vorgeschriebene Nachrechnung der im eichpflichtigen Verkehr befindlichen Längen- und Flüssigkeitsmaße, Meßwerkzeuge für Flüssigkeiten, Hohlmaße, Gewichte und transportablen Handelswagen unter 3000 Kilogramm soll im Kreise Gießen demnächst beginnen, und nach dem untenstehenden Rundreiseplan durchgeführt werden. Eichpflichtig sind alle diese Meßgeräte nicht nur im öffentlichen Verkehr, sondern auch im Handelsverkehr, wenn er nicht in offenen Verkaufsstellen stattfindet, sowie in fabrikmäßigen Betrieben, wenn sie zur Ermittlung des Arbeitslohnes dienen. Die Besitzer solcher eichpflichtiger Meßgeräte haben dieselben, auch wenn sie schon geeicht und noch richtig sind, bei den örtlichen Eichtagen zur Nachrechnung vorzulegen. Nachgeeicht werden alle nachrechnungsfähigen Gegenstände mit dem Jahreszeichen 13 oder einem älteren, auf Antrag auch diejenigen mit dem Jahreszeichen 14. Fässer, große oder ortsfeste Wagen und Präzisionsmeßgeräte können bei örtlichen Eichtagen nicht behandelt werden; sie sind vom Großh. Eichamt Gießen besonders zu behandeln.

Die Nachrechnung macht den Besitzern nur unerhebliche Kosten, sofern nicht Reparaturen nötig sind. Die Eichbeamten dürfen solche Reparaturen nicht mehr ausführen. Es muß den Interessenten überlassen bleiben, sie anderweit bei geeigneten Fachleuten ausführen zu lassen. Die Gegenstände sind gehörig hergerichtet und gereinigt einzuliefern.

Jeder Einlieferer hat zur Vermeidung von Verlusten und Verwechslungen ein mit seinem Namen versehenes Stückerzeichnis (Einklieferscheine) mit einzubringen, wofür die Vorbrude bei den Bürgermeistereien oder beim Eichbeamten erhältlich sind. Bei Nichterfüllung dieser Forderung kann die Annahme zur Nachrechnung abgelehnt werden. Die erhaltenen Eichscheine sind sorgfältig aufzubewahren und bei der nachfolgenden polizeilichen Maß- und Gewichtsrevision vorzuzeigen.

Für Gegenstände, welche zu der vom Eichbeamten festgesetzten Zeit nicht abgeholt worden sind, übernimmt dieser bei seiner Abreise keine Verantwortung. Solche Gegenstände werden unter entsprechender Mitteilung dem Besitzer des örtlichen Eichlokals zurückgelassen, der jedoch ebenfalls keine Verantwortung für deren Verbleib trägt. Einwendungen müssen deshalb unmittelbar bei der Abholung der Gegenstände vorgebracht werden; spätere können nicht berücksichtigt werden.

Solche Meßgeräte, die wegen ihrer Größe oder Befestigung am Aufstellungsort oder aus ähnlichen Gründen nicht eingeliefert werden können, werden auf rechtzeitigen Antrag an ihrem Aufstellungsort in unmittelbarem Anschluß an den örtlichen Eichtag nachgeeicht, sofern dadurch kein unverhältnismäßiger Aufenthalt entsteht.

Für Eichung am Aufstellungsort ist als Zuschlag zu den Gebühren in diesem Falle nur eine Ganggebühr von mindestens 1 Mk. zu zahlen, während an anderen Tagen der gesetzlich vorgeschriebene Zuschlag von mindestens 5 Mk. erhoben werden muß. Der Transport der Eichnormale geht in beiden Fällen auf Kosten des Antragstellers.

Zur Durchführung der Nachrechnung sollen örtliche Eichtage in untenstehender Reihenfolge abgehalten werden:

Vom Großh. Eichamt Gießen aus:

* In Lollar für Lollar, Rittershausen mit Kirchberg, Staufenberg mit Friedelhausen, Mainlar und Daubringen am 20. April 1915.

* In Allendorf a. d. Rumba für Allendorf, Treis a. d. Rumba, Elmloch am 4. Mai 1915.

* In Lonsdorf für Lonsdorf, Allertshausen, Kesselbach, Odenhausen mit Hof-Appenborn, Geilshausen, Müddingshausen, Weitersbain am 6. Mai 1915.

* In Grünberg für Grünberg, Lauter, Stangenrod, Rumba, Belstershain, Reinhardshain, Gölberod am 1. Juli 1915.

* In Ettingshausen für Ettingshausen, Harbach, Queckborn, Mänster und Ober-Bessingen am 13. Juli 1915.

In Billingen für Billingen und Nonnenroth am 15. Juli 1915.

* In Hungen für Hungen, Utphe, Inheiden, Trais-Dorloff, Rodheim, Steinheim, Rabertshausen und Langd am 20. Juli 1915.

In Bellersheim für Bellersheim und Obbornhofen am 27. Juli 1915.

In Langsdorf für Langsdorf und Bettenhausen am 3. Aug. 1915.

* In Ried für Ried, Hof-Kolnhausen, Hof-Albach, Mühlbach und Nieder-Bessingen am 4. August 1915.

In Muschenheim für Muschenheim, Birklar und Arnsburg am 12. August 1915.

In Eberstadt für Eberstadt, Ober-Dörfern, Dorf- und Hof-Güll am 13. August 1915.

* In Lang-Göns für Lang-Göns am 14. September 1915.

In Holzheim für Holzheim am 16. September 1915.

In Grünlingen für Grünlingen am 17. September 1915.

* In Wagenborn-Steinberg für Wagenborn-Steinberg, Garbenreich und Hausen am 21. September 1915.

* In Großen-Linden für Großen-Linden am 23. September 1915.

In Klein-Linden für Klein-Linden und Allendorf a. d. Lahn am 28. September 1915.

* In Heuchelheim am 29. September 1915.

* In Wiesel für Wiesel am 6. Oktober 1915.

* In Großen-Buseck für Großen-Buseck, Alten-Buseck, Trohe und Rödgen am 12. Oktober 1915.

* In Beuern für Beuern und Berstob am 14. Oktober 1915.

In Reiskirchen für Reiskirchen, Burthardsfelden, Oppenrod, Hattenrod, Lindenstruth, Saasen, Winneod am 19. Okt. 1915.

In Steinbach für Steinbach und Albach am 21. Oktober 1915.

In Leihgestern für Leihgestern am 22. Oktober 1915.

In gleicher Reihenfolge und angemessenem Abstände wird die polizeiliche Maß- und Gewichtsrevision stattfinden. Die Besitzer eichpflichtiger Gegenstände haben zur Vermeidung verzögerter Abfertigung die den betreffenden Gemeinden zugeteilten örtlichen Eichtage zu benutzen und — von ganz besonderen Ausnahmen abgesehen — nicht die Wahl, statt dessen ihre Gegenstände bei dem Großh. Eichamt Gießen nachreichen zu lassen.

Es empfiehlt sich, daß die Bürgermeistereien diese Eichtage als bald in ortsüblicher Weise bekannt machen lassen und kurz vorher nochmals darauf hinweisen. Eine Benachrichtigung betreffs Tageszeit und Anzahl der pro Tag abzufertigenden Interessenten wird den Großh. Bürgermeistereien durch Großh. Eichamt Gießen rechtzeitig zugehen.

Gießen, den 18. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Demmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Ausführung des Reichsgesetzes, betr. die Bezeichnung des Raumgehalts der Schankgefäße, vom 20. Juli 1881 und 24. Juli 1909.

Wir beabsichtigen demnächst eine allgemeine Prüfung der Schankgefäße vornehmen zu lassen.

Nachstehend veröffentlichen wir daher einen Auszug aus dem Gesetz und weisen darauf hin, daß nach § 4 die Gast- und Schankwirte gehörig gestempelte Flüssigkeitsmaße von einem zur Prüfung ihrer Schankgefäße geeigneten Einzel- oder Gesamtinhalt bereit zu halten haben. Unter diesen „gehörig gestempelten“ Flüssigkeitsmaßen sind geeichte Flüssigkeitsmaße zu verstehen, die auch den Vorschriften der Maß- und Gewichtsordnung über die Nachrechnung unterliegen.

Den Wirten ist es freigestellt, mit Hilfe dieser geeichten Flüssigkeitsmaße die Raumgehaltsbezeichnung ihrer Schankgefäße selbst vorzunehmen oder durch andere vornehmen zu lassen. Die Wirte sind für die Richtigkeit und Vorschriftsmäßigkeit der Bezeichnung verantwortlich und haben sich von der Richtigkeit ihrer Schankgefäße vor der Ingebrauchnahme zu überzeugen, auch auf Verlangen ihren Gästen und Kunden die verabreichten Getränke vorzumessen.

Entsprechen die Schankgefäße, in denen das Getränk verabreicht wird, den Anforderungen des Schankgefäßgesetzes, so bedürfen die besonderen Trinkgefäße, die zum allmählichen Abfällen des Getränks dienen, des Fallstrichs und der Inhaltsbezeichnung nicht.

Die Raumgehaltsbezeichnung der Schankgefäße hat nicht die Eigenschaft einer amtlichen Feststellung und Beglaubigung. Demnach sind Schankgefäße keine Meßgeräte im Sinne der Maß- und Gewichtsordnung. Sie dürfen also im eichpflichtigen Verkehr (z. B. mit Essig, Öl, Spiritus usw.) nicht anstelle von Flüssigkeitsmaßen angewendet werden.

* Im Bedarfsfalle mehr als ein Tag.

Als festverschlossene (versiegelte, verkapselte, festverforste usw.) Flaschen und Krüge (§ 6 des Schankgesetzes) sind solche anzusehen, die nicht erst an Ort und Stelle unmittelbar vor dem Genuß des Getränks gefüllt und verschlossen worden sind, sondern auch als Transport- und Aufbewahrungsgefäße dienen. Ferner bemerken wir noch, daß nach den Bestimmungen des oben genannten Gesetzes bereits vom 1. Oktober 1913 an alle zur Verabreichung von Wein, Obstwein, Most oder Bier dienenden Schankgefäße in Gast- und Schankwirtschaften den neuen Vorschriften, insbesondere hinsichtlich des Abstandes des Füllstrichs vom oberen Rande des Gefäßes, entsprechen müssen und daß Schankgefäße nur einen Füllstrich und eine Bezeichnung des SOLLINHALTS haben dürfen; jedoch sind Füllstriche und Bezeichnungen, die in haltbarer und jeden Zweifel ausschließender Weise durchstrichen oder vernichtet sind, insbesondere dann nicht zu beanstanden, wenn der maßgebende Füllstrich nebst zugehöriger Bezeichnung auf der entgegengesetzten Seite des Gefäßes liegt. Gießen, den 18. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Auszug

aus dem Gesetz, betreffend die Bezeichnung des Raumgehaltes der Schankgefäße vom 20. Juli 1881 (Reichsgesetzblatt S. 249) in der Fassung der Novelle vom 24. Juli 1909 (Reichsgesetzblatt S. 891).

§ 1.

Schankgefäße (Gläser, Krüge, Flaschen usw.), welche zur Verabreichung von Wein, Obstwein, Most oder Bier in Gast- und Schankwirtschaften dienen, müssen mit einem bei der Aufstellung des Gefäßes auf einer horizontalen Ebene den SOLLINHALT begrenzenden Strich (Füllstrich) und in der Nähe des Strichs mit der Bezeichnung des SOLLINHALTS nach Litermaß versehen sein. Der Bezeichnung des SOLLINHALTS bedarf es nicht, wenn derselbe ein Liter oder ein halbes Liter beträgt.

Der Strich und die Bezeichnung müssen durch Schnitt, Schliß, Brand oder Aetzung äußerlich und in leicht erkennbarer Weise angebracht sein.

Zugelassen sind nur Schankgefäße, deren SOLLINHALT einem Liter oder einer Maßgröße entspricht, welche vom Liter aufwärts durch Stufen von einem halben Liter, vom Liter abwärts durch Stufen von Reintteilen und vom halben Liter abwärts durch Stufen von Zwanzigtteilen des Liters gebildet wird.

§ 2.

Der Abstand des Füllstrichs von dem oberen Rande der Schankgefäße muß

- bei Gefäßen mit verengtem Halse, auf dem letzteren angebracht, zwischen 2 und 6 Zentimeter;
- bei Schankgefäßen für Bier zwischen 2 und 4 Zentimeter;
- bei anderen Gefäßen zwischen 1 und 3 Zentimeter betragen.

Der Maximalbetrag dieses Abstandes kann durch die zuständige höhere Verwaltungsbehörde hinsichtlich solcher Schankgefäße, in welchen eine ihrer Natur nach stark schäumende Flüssigkeit verabreicht wird, über die vorstehend bezeichneten Grenzen hinaus festgesetzt werden.

Die höhere Verwaltungsbehörde ist ferner befugt, den in Absatz 1 zu b bezeichneten Mindestbetrag des Abstandes für Gefäße von einem halben Liter Inhalt und darüber bis auf 3 Zentimeter zu erhöhen.

Bis zum 1. Oktober 1913 ist der Gebrauch von Schankgefäßen für Bier mit einem Mindestabstande von einem Zentimeter gestattet.

§ 3.

Der durch den Füllstrich begrenzte Raumgehalt eines Schankgefäßes darf

- bei Gefäßen mit verengtem Halse höchstens $\frac{1}{50}$;
- bei anderen Gefäßen höchstens $\frac{1}{30}$ geringer sein als der SOLLINHALT.

§ 4.

Gast- und Schankwirte haben gehörig gestempelte Flüssigkeitsmaße von einem zur Prüfung ihrer Schankgefäße geeigneten Einzel- oder Gesamtinhalt bereit zu halten.

§ 5.

Gast- und Schankwirte, welche den vorstehenden Vorschriften zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen bestraft. Gleichzeitig ist auf Einziehung der vorchriftswidrig befundenen Schankgefäße zu erkennen, auch kann die Vernichtung derselben ausgesprochen werden.

§ 6.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auf festverschlossene (versiegelte, verkapselte, festverforste usw.) Flaschen und Krüge, sowie auf Schankgefäße von $\frac{1}{20}$ Liter oder weniger nicht Anwendung.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises

Sie wollen den Wirten Ihrer Gemeinde wiederholt von vorstehender Bekanntmachung Kenntnis geben.

Gleichzeitig nehmen wir Bezug auf unser Ausschreiben vom 21. Oktober 1913 — Kreisblatt Nr. 84 — und empfehlen Ihnen, sich einzuweisen mit den einschlägigen Bestimmungen, insbesondere mit der „Anweisung über die Prüfung der Schankgefäße und den Gebrauch des hierzu dienenden Apparats“ genau vertraut zu machen. In denjenigen Gemeinden, die nicht im Besitz des Apparats sind, werden wir die Prüfung durch die Gendarmerie vornehmen lassen.

Wegen Vornahme der Prüfung wird demnächst weitere Verfügung folgen.

Gießen, den 18. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Ausführung der Gefindeordnung.

Um täglich bei uns geltend gemachte Zweifel zu beheben, sehen wir uns veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß nach den Bestimmungen der Gefindeordnung und des auf Grund des Artikels 7 der Gefindeordnung für die Stadt Gießen erlassenen Ortsstatuts vom 30. August 1900 sämtliche Dienstbotenverträge, für welche nicht ausdrücklich eine bestimmte Dienstdauer vereinbart, als auf die Dauer eines Kalendervierteljahrs abgeschlossen gelten.

Wird ein solcher Dienstvertrag nicht vier Wochen vor dem Ablauf des Kalendervierteljahrs aufgekündigt, so ist er stillschweigend auf ein weiteres Kalendervierteljahr als erneut anzusehen. Es ergibt sich hieraus, daß in der Stadt Gießen Dienstbotenverträge nur auf den 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober aufgekündigt werden können und daß die Kündigung spätestens vier Wochen vor dem jeweiligen Termin erfolgt sein muß, es sei denn, daß ausdrücklich etwas anderes zwischen den Parteien vereinbart ist.

Dies gilt auch dann, wenn der Lohn nach Monaten bemessen ist, da der von monatlicher Lohnzahlung handelnde Absatz 4 des Artikels 6 der Gefindeordnung mit den übrigen Bestimmungen des Artikels 6 durch das erwähnte Ortsstatut außer Kraft gesetzt ist.

Ebenso macht es keinen Unterschied, ob ein Dienstvertrag am Anfang oder erst im Laufe eines Kalendervierteljahrs eingegangen worden ist, da ein im Laufe des Kalendervierteljahrs eingegangenes Dienstverhältnis zunächst bis zum Ende des Kalendervierteljahrs und dann in der oben bezeichneten Weise von Vierteljahr zu Vierteljahr weiterläuft.

Gießen, den 23. März 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Ausnahmen von § 139 c und 139 e Abs. 1 der Gewerbeordnung.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß am 1. und 3. April laufenden Jahres die Vorschriften über die Mindestruhezeit und Mittagspausen der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen keine Anwendung finden. An diesen Tagen ist in offenen Verkaufsstellen ein Geschäftsbetrieb bis zehn Uhr abends gestattet.

Gießen, den 23. März 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.

Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

12. Woche. Vom 14. bis 20. März 1915.

Einwohnerzahl: angenommen zu 32 970 (inkl. 1600 Mann Militär).

Esterlichkeitsziffer: 22,46 ‰

Nach Abzug von 6 Ortsfremden 12,65.

Es starben an	Zahl	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Kinder vom 2. bis 15. Jahr
Angeborene Lebensschwäche	1 (1)	—	1 (1)	—
Alterschwäche	2	2	—	—
Folgen der Entbindung	1 (1)	1 (1)	—	—
Bundinfektionskrankheiten	1 (1)	1 (1)	—	—
Lungen tuberkulose	1	—	—	1
Lungenentzündung	5 (1)	—	3 (1)	2
Krankheiten des Nervensystems	1 (1)	—	—	1 (1)
Krebs	1 (1)	1 (1)	—	—
anderen Krankheiten	1	1	—	—
Summa:	14 (6)	6 (3)	4 (2)	4 (1)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.